

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Die mißverstandene Freiheit: 25 Jahre Gesellschaftspolitik in Westdeutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1974) : Die mißverstandene Freiheit: 25 Jahre Gesellschaftspolitik in Westdeutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 5, pp. 249-255

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134681>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die mißverständene Freiheit

25 Jahre Gesellschaftspolitik in Westdeutschland

Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg

Eine alte geschichtliche Erfahrung hat sich in den letzten 25 Jahren bei uns in der Bundesrepublik erneut bestätigt. Werden Wohlstand und Freiheit als auf individuelle Genußmaximierung gerichtetes Wohllieben mißverstanden und dementsprechend mißbraucht, so sind sie verderblich im doppelten Sinne. Sie verderben die Bürger und Antibürger, die sich von ihnen faszinieren lassen, und mit diesen verderben dann Wohlstand und Freiheit selbst. So wie unsere wirtschaftliche Restauration angelegt war, konnten „Glanz und Elend des Wirtschaftswunders“ nur zwei Selten des gleichen Wachstumsprozesses sein, der nicht nur wirtschaftliche Folgen hatte. Der Glanz trug sein Elend bereits in sich ¹⁾.

Zwangsläufiger Prozeß

Die Entwicklung unserer Bundesrepublik aus der spätkapitalistischen Restauration in Gestalt einer angeblich sozialen Marktwirtschaft zu einem Playboydemokratismus, in dem jeder mitbestimmen und Forderungen stellen, aber niemand mehr Verantwortung und Pflichten übernehmen will, war von einem bestimmten Augenblick an nichts anderes als ein zwangsläufiger geistiger Prozeß. Erzkonservative Verherrlicher der „Sozialen Marktwirtschaft“ und ihre anarchistisch progressiven Kritiker sind dem gleichen Irrtum verfallen, wenn sie sich gegenseitig für geistige Antipoden halten.

Sie sind beide nur zwei Selten der gleichen Medaille, nämlich Anhänger eines übersteigerten Individualismus; nur daß die einen zur liberalistischen, die anderen zur marxistischen Utopie des 19. Jahrhunderts neigen. Die individualistische Einkommens- und Konsummaximierung, die zum Leitmotiv des Aufbauwerkes der fünfziger Jahre wurde, einerseits und die Ansprüche auf Emanzi-

pation von jeder Abhängigkeit und auf egozentrisch interpretierte Selbstverwirklichung, wie sie von den progressiven Kritikern heute erhoben werden, andererseits – beides zeigt die gleiche Geisteshaltung; nur daß das eine die Aufbauphase, das andere die erreichte „Überflußgesellschaft“ als Erlebnishintergrund hat.

Gemeinwirtschaftlicher Pragmatismus der Anfangsjahre

In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ sah es in Westdeutschland nicht danach aus, als müsse es zu einer solchen Fehlentwicklung notwendigerweise kommen. Zwar war zunächst eine totale politische Desorientierung für die Masse der Staats- und Wirtschaftsbürger unvermeidlich. Doch waren nationaler Zusammenhalt und Gemeinsinn, obwohl von Nazireich und Krieg überstrapaziert und mißbraucht, damals groß genug, Eigennutz gerade wegen der Schwarzmarkterfahrung bei der Mehrheit etwas Fragwürdiges geblieben. Daher konnte der Wiederaufbau der völlig zerstörten Wirtschaft zunächst noch als eine Gemeinschaftsaufgabe empfunden werden. Auf der Suche nach einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zeigten sich die beiden größten demokratischen Parteien anfänglich am Gemeinwohl orientiert und geneigt, bei der Wahl der Mittel pragmatisch zu verfahren.

¹⁾ Vgl. dazu das soeben erschienene Taschenbuch des Verfassers: Glanz und Elend des deutschen Wirtschaftswunders oder von der Verderblichkeit des Wohlstandes, Verlag Wilhelm Goldmann, Politik und Zeitgeschehen, Bd. 7007, München 1974.

Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, 64, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und Direktor des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Dementsprechend legten sie sich nicht auf bestimmte Ordnungselemente, wie Privat- oder Gemeineigentum, Marktwirtschaft oder staatliche Planwirtschaft, ideologisch fest. Die SPD erkannte in ihrem Konzept eines freiheitlichen Sozialismus weitgehend Marktwirtschaft und Privateigentum an; die CDU schloß in ihren programmatischen Erklärungen in bestimmten Fällen Vergesellschaftungen von Unternehmungen und Wirtschaftszweigen nicht aus und äußerte sich betont mitbestimmungsfreundlich. Noch 1947 war im Ahlener Wirtschaftsprogramm das antikapitalistische Bekenntnis eines christlichen Sozialismus zur Gemeinwirtschaft unüberhörbar.

Individualistische Heilslehre

Aber von Gemeinwirtschaft war nicht mehr länger die Rede, als mit der Währungsreform Ludwig Erhard die Wirtschaftspolitik bestimmte und nach der ersten Bundestagswahl die CDU mit ihren Koalitionsparteien die politische Führung auf Bundesebene übernahm. Nun wurde unter dem Vorwand, pragmatisch handeln zu wollen, der Pragmatismus durch ein neues ideologisches Konzept ersetzt. Was nur Ordnungsmittel hätte bleiben dürfen, nämlich Privateigentum und Marktwirtschaft, wurde selbst zum unantastbaren Ziel der Wirtschaftspolitik erhoben.

Sicherlich war es notwendig, sich nach der planlosen Zwangswirtschaft der ersten Nachkriegsjahre wieder auf die Vorzüge eines freien Marktes und einer privaten Unternehmerinitiative zu besinnen. Doch mußte man mit der Rückkehr zur Marktwirtschaft, sobald man aus ihr eine individualistische Heilslehre machte, die bis dahin latent gebliebenen Wirkungen jenes Schocks erst recht aktivieren, den der nazistische und kommunistische Kollektivismus bei den Staats- und Wirtschaftsbürgern in der Vergangenheit hervorgerufen hatte. Dadurch erhielten Gemeinsinn und Opferbereitschaft den Anschein von etwas Dubiosem oder Illusionärem, auf jeden Fall aber von etwas Überflüssigem.

Moralzehirer Marktwirtschaft

So wurden private Einkommens- und Konsumsteigerungen zum Leitgesichtspunkt und Maßstab des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts. Das hatte günstige Auswirkungen auf alles, was sich über private Unternehmungen und Haushalte, über Angebot und Nachfrage auf dem Markt an wirtschaftlich, sozial und kulturell Notwendigem bereitstellen ließ. Während dementsprechend der private Lebensstandard, allerdings bei gleichzeitig einseitiger Vermögensverteilung, rasch und nachhaltig gehoben werden konnte,

entstand allmählich ein quantitativer und qualitativer Nachholbedarf dort, wo sich das Erforderliche nur auf dem öffentlichen Wege mit Hilfe von Staat und Kommunen bereitstellen ließ.

Aus den Erfahrungen der letzten 100 Jahre hätte man jedoch wissen müssen, daß eine marktwirtschaftliche Koordination der Entscheidungen privater Haushalte und Unternehmungen allein nicht in der Lage ist, lebenswichtige gemeinsame Interessen eines Volkes wahrzunehmen. Marktwirtschaftlich unlösbare Aufgaben wie z. B. ausreichender Ausbau der Infrastruktur (sozialer Ausgleich, Vollbeschäftigung, nationale Sicherheit) hatten schon in der Vergangenheit erkennen lassen, daß eine dezentralistische marktwirtschaftliche Ordnung – bei allen ihren Vorzügen, die sie besitzt – nicht ausreicht, um unsere Industriegesellschaft vor ökonomischen und sozialen Existenzkrisen zu bewahren, daß es dazu vielmehr einer den Individuen und Gruppen übergeordneten politischen Instanz bedarf. Diesmal sollte sich sogar herausstellen, daß die Marktwirtschaft, gerade wenn ihre materiellen Erfolge unbegrenzt zu sein scheinen, als „Moralzehirer“ (Röpke) eine geistige Krise heraufbeschwört, weil die in dieser Ordnung propagierte private Konsum- und Reichtumsmaximierung das Verantwortungsgefühl der Staats- und Wirtschaftsbürger für das Gemeinwesen in systemgefährdendem Ausmaß abbaut.

Mit schwacher Opposition ...

Auch Gewerkschaften und SPD standen dieser Restauration eines Spätkapitalismus, der sich immerhin mit dem Wachstum des Massenkonsums legitimieren konnte, hilflos gegenüber. Sie waren nicht in der Lage, ihre Rolle einer kritischen Opposition, die ihnen in Wirtschaft und Politik zufiel, wirkungsvoll ins Spiel zu bringen.

Wenn die Gewerkschaften auch immer wieder zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Themen ihre Stimme erhoben, so ging das meist über theoretisierende Akklamationen nicht hinaus. In ihrem praktischen Verhalten zeigten sie sich als eingefangen vom Zeitgeist der Erhardianischen Wirtschaftswunderjahre. Demgemäß waren sie in ihren Aktivitäten, der Marktgesetzlichkeit entsprechend, vornehmlich auf Steigerung von Löhnen und privatem Massenkonsum sowie auf Arbeitszeitverkürzungen ausgerichtet. Mit steigenden Einkommen spielte der Prestige Konsum nicht nur bei den Arbeitnehmern, sondern auch bei den Gewerkschaften eine wachsende Rolle. Soweit das Geld reichte, unterschieden sich diese im Laufe der Zeit im Aufwand und Komfort immer weniger von ihren sozialen Gegenspielern. Dementsprechend wurde auch ihr Kampf um Mitbestimmung zeitgemäß mehr als Kampf um Macht und persön-

liches Prestige geführt, als daß die Gewerkschaften sich fähig zeigten, durch diese Idee, die nur als Mitverantwortung der Arbeitnehmer richtig verstanden werden konnte, in der Arbeitnehmer-schaft ein starkes Gemeinschaftsbewußtsein zu erwecken, das über ein bloßes Gruppeninteresse hinausging.

Der SPD erging es nicht besser. Zwar hatte sie sich schließlich im Godesberger Programm (1959) jenseits des Marxismus eine ideologiefreie Plattform geschaffen, von der aus sie die „Soziale Marktwirtschaft“ als eine restaurative Ideologie hätte angreifen können. Doch waren alle Kräfte der Partei zu sehr von dem Bemühen absorbiert, sich im politischen Tageskampf vor einer konsumorientierten und von Wahlversprechungen überfütterten Wählerschaft auch auf der Bundesebene regierungsfähig zu machen. Darüber versäumte es auch die SPD, überholte marxistische und wirtschaftsliberalistische Ideologien durch eine zeitgemäße Analyse zu ersetzen, welche deutlich macht, daß für die Existenz einer Gesellschaft die wirtschaftliche Entwicklung nicht alles ist.

... in die Gefälligkeitsdemokratie

Da ausgleichende Gegenkräfte fehlten, mußte sich ein Gesellschaftsleben entwickeln, in dem jeder einzelne tagtäglich erfuhr, daß Eigennutz seine Früchte trägt und daß Politik in erster Linie für diejenigen interessant ist, die dort Karriere machen wollen. Schon Schumpeter hatte Anfang der vierziger Jahre von Amerika aus davor gewarnt, daß die größte Gefahr den westlichen Gesellschaften vom Autoritätsverlust ihrer politischen und wirtschaftlichen Führung her droht. Selbst in unserer betont unheroischen Zeit schaffte Reichtumsanhäufung in der Wirtschaft noch kein Ansehen, auf jeden Fall keine Autorität, die Belastungen verträgt. Und Politikern, die darauf aus waren, ihren Wählern zum Munde zu reden, um sich ihre Posten zu sichern, und die außerdem um zusätzliche Pfründen bemüht waren, ging es bei uns nicht besser. Es entstand eine Gefälligkeitsdemokratie, in der die politische Führung immer weniger den Mut zeigte, das Notwendige den Wählern plausibel zu machen. Statt dessen wich man unangenehmen Entscheidungen aus und sah dies als einzig mögliche „Realpolitik“ an. Mit einer solchen „Realpolitik“ ließen sich jedoch viele zur Lösung anstehenden Probleme nur vor sich herschieben.

Ob es dabei um die Verstärkung der Einseitigkeit marktwirtschaftlicher Einkommensverteilung durch das Steuersystem, um die Rationalisierung und Vermehrung öffentlicher Investitionen oder um längst fällige Reformen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen ging, zum Handeln war man erst bereit, wenn die betroffenen Grup-

pen in den vernachlässigten Bereichen selbst aktiv wurden. Den in dieser Hinsicht krassesten Fall lieferten die Hochschulen. Nachdem man hier – sofern man sich überhaupt in der Lage sah, die gesellschaftliche Problematik des Bildungssystems zu erkennen – aus Furcht vor dem Sozialprestige der Professoren allzu lange vor einer Reform immer wieder zurückgeschreckt war, gab man um so bereitwilliger nach, als rebellierende Studenten das Heft in die Hand nahmen. Daß deren Motivation und Sachverstand gesellschaftspolitisch mindestens ebenso problematisch wie der Konservatismus der Professoren waren, konnten oder wollten die zuständigen politischen Instanzen nicht erkennen. Wenn sie nur modischen Klischeevorstellungen entsprachen, konnten sich ehrgeizige Politiker in der Hochschulpolitik allzu leicht das Ansehen progressiver Reformer verschaffen.

Flucht in den Demokratismus

Als 1967 die sogenannte Jugend- und Intellektuellenrevolte ausbrach, traf sie aber nicht nur über den Hochschulbereich auf ein konzeptionsloses Establishment, dem nichts Besseres einfiel als zu glauben, daß sich ungelöste Probleme am besten durch weitere Demokratisierung der Entscheidungen lösen ließen. Auf diese Weise konnte man überall seine demokratische Gesinnung unter Beweis stellen und gleichzeitig die Verantwortung loswerden, die man nicht mehr tragen mochte.

Diese Demokratisierungspolitik erhielt 1969 ihre offiziöse Weihe durch die erste Regierungserklärung Willy Brandts. Seine damals fordernde Feststellung: „Unser Volk braucht wie jedes andere seine innere Ordnung. In den 70er Jahren werden wir aber in diesem Lande nur so viel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen“, sollte nur allzu bald eine negative prophetische Sinnwandlung erfahren. Denn die Avantgardisten der neuen Demokratisierungsbewegung erwiesen sich gleichzeitig als diejenigen, die alles taten, um „law and order“ schlechthin in Mißkredit zu bringen.

In den letzten Jahren hat die Entwicklung gezeigt: Diese Demokratisierungspolitik bedeutete nichts anderes als eine Fortsetzung der Ausweichpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Nicht nur das sozialliberale Establishment gab in allen sozialen Bereichen der immer massiver werdenden Kritik linker Intellektueller und ihrer anwachsenden Mitläuferschaft selbst dort nach, wo die pseudoprogressiven Aktionen in der Methode oder in der Sache ins Widerspruchsvolle oder ins Sinnlose ausarteten.

Das böse Gewissen des Establishment, das neben grenzenloser Naivität dabei nicht selten eine Rolle

spielte, hatte vielfältige Gründe. Bei vielen entsprang es der eigenen Unfähigkeit, in unserer unübersichtlichen Welt sich ein eigenständiges Urteil bilden zu können, obwohl man doch aufgrund seiner sozialen Position hätte urteilsfähig sein müssen. Bei anderen beruhte es auf dem Gefühl, in der Vergangenheit allzu oft gegen besseres Wissen und Gewissen den Weg des geringsten Widerstandes gegangen zu sein. Solche Skrupel hatten bei einzelnen Individuen und Gruppen sehr unterschiedliche konkrete Bezüge. Bei Anhängern und Nutznießern der „Sozialen Marktwirtschaft“ entsprangen sie häufig dem Gefühl, daß das eigene Ordnungskonzept nicht so einwand- und ideologiefrei war, wie man gerne glauben machen wollte. Soweit man als Eltern die Revolte im eigenen Hause hatte, spielte man, besonders bei begüterten Unternehmern, ihre soziale Bedeutung aus familiären Gründen gern herunter und betrachtete sie ausschließlich als eine neuartige Anpassungsneurose Jugendlicher.

Anarchistischer Mentalitätswandel

Bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern stammten die Skrupel aus dem Bewußtsein, daß man sich zu sehr vom „deutschen Wirtschaftswunder“ hatte beeindruckt lassen und um des kurz- und mittelfristigen machtpolitischen Erfolges willen auf die notwendige konstruktive Kritik verzichtet hatte. Auch wurden viele ältere Gewerkschaftler und Sozialdemokraten leicht anfällig gegenüber pseudoprogressiven Linksideologien, weil diese ihre Jugendträume wiederbelebten. Sie machten sich nicht klar, daß, was beim Start zum Wiederaufbau unserer Gesellschaft Anfang der fünfziger Jahre für die Verwirklichung der Mitbestimmungsidee und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel versäumt worden war, in den siebziger Jahren nicht ohne weiteres nachgeholt werden konnte.

Der anarchistische Mentalitätswandel der Staats- und Wirtschaftsbürger, deren Ausrichtung auf Konsummaximierung zu guter Letzt durch eine pseudoprogressive Neigung zur Leistungsminimierung ergänzt wurde, hat Mitbestimmung und Vergesellschaftung heute zu äußerst zweifelhaften Vorhaben werden lassen. Ebenso hat die arbeitsteilige Verquickung der westdeutschen Volkswirtschaft mit der EWG und mit einer weithin liberalisierten Weltwirtschaft der willkürlichen Umgestal-

tung der eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung enge Grenzen gesetzt.

Man übersah geflissentlich, daß unsere soziale Welt inzwischen zu kompliziert geworden ist, um zielgerechte Entscheidungen anders als durch zuständige politische Instanzen mit Hilfe von Expertenteams treffen und erfolgreich durchsetzen zu können, daß dies aber nicht mit Hilfe von spontanen Initiativen extremer Minderheiten möglich ist, deren vom Opportunismus nicht freier Irrationalismus Sinn und Erfolg ihrer Vorhaben von vornherein fraglich macht.

Aus der wirtschaftsliberalistischen Freiheitseuphorie der fünfziger Jahre entstand also ein linker Anarchismus, der durch die sozialliberale Demokratisierungspolitik Bestätigung und Förderung erfuhr. Es mag dahingestellt bleiben, wie weit SPD und FDP dabei Treibende oder Getriebene waren. Dieser Anarchismus erfaßte zunächst weniger die Wirtschaft als den geistigen Überbau, d. h. Wissenschaft und Bildung, Kunst und Literatur und zunehmend auch die Massenmedien, und sickerte von dort aus auch in das übrige öffentliche Leben, also in die Kirchen, die öffentliche Verwaltung, das Gerichtswesen und schließlich in den „ökonomischen Unterbau“ ein.

Mißbrauchte Meinungsfreiheit

Für den Zustand und das Schicksal einer Gesellschaft ist vor allem die für das Bewußtsein und das Verhalten der Menschen richtunggebende Wertewelt entscheidend. Für diese Wertewelt verantwortlich sind diejenigen, die mit maßgeblichen Leitbildern das öffentliche Bewußtsein auffüllen, also: Lehrer, Pastoren, Wissenschaftler, Journalisten, Literaten, Verleger, Theater- und Film-macher. Über diese „Bewußtseinsbildner“ zeigt sich unsere pluralistische Wohlstandsgesellschaft am angreifbarsten. Sobald die Leistungen von Staat und Wirtschaft als etwas Selbstverständliches und nicht ernstlich zu Gefährdendes angesehen werden, kann die garantierte Meinungsfreiheit von intellektuellen Minderheiten für eine Auflösung aller Werte beliebig mißbraucht werden. Dieser Mißbrauch führt systematisch zur Auflösung aller verbindlichen Grundsätze des Verhaltens in die allgemeine Libertinage einer permissiven Gesellschaft. Der Erfolg solcher Bemühungen nihilistischer Intellektueller wird um so größer sein,



VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: 2 Hamburg 11 · Alter Wall 20-32 · Telefon 36 92-1

ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN, HANNOVER UND KIEL

je orientierungsloser die Mehrheit und das von ihr eingesetzte Establishment in Staat und Gesellschaft sind. Daraus erklärt sich der bisherige Erfolg spätm Marxistischer Systemüberwinder und ihrer intellektuellen und halbintellektuellen Mitläufer.

Soweit es diesen um reine Machtpolitik geht, mögen sie trotz vorübergehender Rückschläge auf dem richtigen Wege sein. Sofern sie aber nicht nur destruktiv sein, sondern mindestens zu einem späteren Zeitpunkt auch eine bessere Welt wieder aufbauen wollen, unterliegen sie einem entscheidenden Irrtum. Sie übersehen nämlich, daß ihnen zum Zeitpunkt des Wiederaufbaus die dafür erforderlichen Wertungen und Haltungen der Menschen um so mehr fehlen werden, je radikaler ihnen der Abbau bei der Eroberung des öffentlichen Bewußtseins und ihrer persönlichen Macht gelungen ist. Denn es handelt sich bei ihren Angriffszielen nicht in erster Linie um Werte und Haltungen aus einer „verrotteten kapitalistischen Welt“, sondern um solche, auf die jeder gesellschaftliche Zusammenhalt angewiesen ist. Die destruktive Wirkung ihrer pseudo-progressiven Abwertung des Bestehenden stammt aus der damit verbundenen Forderung nach Maximierung der Individuellen Freiheit und Gleichheit. Diese Forderung lehnt mit solcher Rigorosität jede Art von Autorität und Kontrolle von oben und außen zugunsten eines beliebigen Freiheitsgebrauches ab, daß dadurch ein existenzgefährdendes utopisches Leitbild von der Antileistungsgesellschaft in Verbindung mit wachsenden Ansprüchen an Staat und Gesellschaft im öffentlichen Bewußtsein gefestigt wird. Staat und Gesellschaft erscheinen dabei als eine Art Wunderkuh, die beliebige Mengen von Milch zu erzeugen vermag, ohne überhaupt noch der Pflege und der Fütterung zu bedürfen.

Wiedergeburt alter Klassenkampftheorien

Nicht zufällig hatten daher die Jusos nach der letzten Regierungserklärung des Bundeskanzlers (1973) am schärfsten gegen dessen Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft protestiert. Denn die Chance für Ihresgleichen, an die Macht zu kommen, liegt in der Möglichkeit, nicht nur jüngere Jahrgänge glauben zu machen, daß es auf konkrete Leistungen nicht mehr ankomme, daß es nur darum gehe, durch mehr Mitbestimmung die alten Autoritäten als Kontrollorgane abzubauen und es sich bequem zu machen, ohne daß dies Konsequenzen für den künftigen Lebensstandard aller Beteiligten und die Bewältigung öffentlicher Aufgaben zu haben brauche.

Dementsprechend ist die neomarxistische Wiedergeburt alter Klassenkampftheorien nicht auf deren Wirklichkeitsnähe und rationale Überzeu-

gungskraft, sondern auf ihre irrationale Anziehungskraft zurückzuführen. Die Pauschalablehnung der bürgerlichen Gesellschaft im Zeitalter des Spätkapitalismus, die Behauptung, daß dieses System bereits seinen Leistungsbeitrag erfüllt habe und daß man nun unter Beseitigung des Privateigentums an die Verteilung der Früchte gehen könne, daß die Zeit der Selbstbestimmung aller durch alle gekommen sei, die Überzeugung, daß dies alles wissenschaftlich beweisbar sei, wenn auch nicht durch eine Wissenschaft, wie sie die bürgerliche Gesellschaft verstehe – solche Theorien entsprechen heute nicht nur dem Oppositionsgeist von Teenagern und den Machtansprüchen von Intellektuellen, sondern auch den Freiheits- und Bequemlichkeitsvorstellungen übersättigter und desorientierter Wohlstandsbürger.

Pervertierter Leistungsmaßstab

Wenn es seit 1967 bei uns Mode geworden ist, emotionales Engagement von Minderheiten als ausreichenden Ersatz für sachgerechtes Engagement von Mehrheiten zu halten, so wird man weder jener Minderheit gerecht, die lautstark anarchistische Ansprüche erhebt, noch der auf die Dauer destruktiven Wirkung solcher Forderungen auf die schweigende unpolitische Mehrheit. Denn jene Minderheit pflegt die Pflicht, eine Verantwortlichkeit für alle zu übernehmen, mit dem Recht zu verbinden, sich im persönlichen Bereich den Pflichten und der Beachtung geltender Spielregeln um jener höheren Verantwortung willen entziehen zu dürfen.

Dies kann dann jeder nach eigenem Gutdünken, nach eigener Bequemlichkeit und Neigung ausüben. Auf diese Weise müssen aber alle Verantwortlichkeiten verschwinden oder sich verwischen; es bietet sich die Koalition zwischen den radikalen Ideologen und den unpolitischen Faulen an, was keiner Gesellschaft bekömmlich ist.

Dabei muß auch die Ausweitung der Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft ad absurdum geführt werden, denn immer weniger Menschen können oder wollen dann noch begreifen, daß Mitbestimmung nicht aus einem grobschlächtigen Gruppensozialismus bestehen darf, sondern, unter Anerkennung von Leistungsautorität als Mitverantwortung verstanden, auf die Dauer nur bei mehr Leistung jedes einzelnen realisierbar bleibt.

Da aber Gruppensozialismus heute zunehmend auf einen Sozialismus „mit unten“ und „gegen oben“ hinausläuft, kommt es nicht nur zur Hochstilisierung von Pseudoklassenkampfsituationen, sondern – was noch schlimmer ist – zu einem neuen pervertierten Leistungsmaßstab. Leistung wird neuerdings gemessen an der Solidarisie-

rungsbereitschaft und am Solidarisierungseffekt, wozu kaum differenzierte individuelle Fähigkeiten erforderlich sind. Im Gegenteil! Da dieser Solidarisismus mit der Leistungsschwäche der einzelnen Gruppenmitglieder wächst (denn je leistungsschwächer ich bin, desto stärker bin ich auf Solidarisierung angewiesen und also auch zur Solidarisierung bereit), so kommt hier ein Prozeß in Gang, der für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft nur abträglich sein kann.

Dieser Prozeß wird begleitet von einer bezeichnend einseitigen Diffamierung von Macht und Machtmißbrauch. Existenz und Einsatz von Macht werden nicht mehr, wie es sich für eine Leistungsgesellschaft gehört, dort für berechtigt gehalten, wo gesellschaftliche Funktionen wahrzunehmen sind und dort für unberechtigt angesehen, wo sie für solche Funktionen bedeutungslos sind oder gar ihre Wahrnehmung verhindern, entscheidend ist heute allein, ob Macht für kurzfristige Interessen schwacher Gruppen verwendet wird bzw. ob sie gegen alte Ordnungsmächte eingesetzt wird. Nur dann ist sie berechtigt.

Sozialliberale in der Zeitströmung

So wird aus Angst (oder Abscheu) vor der Macht der alten Machthaber die Gestaltungsmacht abgebaut und die Freiheit der „Ohnmächtigen“ und daher verantwortungslos Handelnden zu einer „verantwortungslosen Gesellschaft“ ausgeweitet, zu einer Gesellschaft, in der infolge ihrer Vollbeschäftigung mit Gruppenkämpfen nicht mehr existenzwichtige Entscheidungen getroffen werden können und in der niemand mehr auf der notwendigen Leistungs- und Funktionserfüllung besteht.

Diese libertin-anarchistische Welle, welche den Kommerzialisismus in der Zeitströmung fortsetzte, kam zunächst der sozialliberalen Koalition zugute und förderte einseitig die linksradikalen Elemente ihrer Parteien in ihrem Marsch durch die Institutionen. Soweit man diese Entwicklung teils als notwendige Korrektur (SPD), teils als konstruktive Fortsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft“ (FDP) ansah, lag für die Führung der Regierungsparteien kein Grund vor, ihr entgegenzutreten. Soweit man die Bedenklichkeit dieser Trends dort erkannte, unternahm man nichts, solange man der Reaktion der Wähler nicht sicher war. Damit unterstellten die Politiker einer überwiegend politisch ungebildeten Wählerschaft mehr Einsicht in das Mögliche und Notwendige, als sie sich selbst und ihren eigenen Parteien zutrauten. Sie praktizierten weiter den systembedingten, aber in der Übertreibung auch systemfeindlichen Stil unserer repräsentativen Demokratie, nichts Existenznotwendiges zu unternehmen, wenn aus ihm unpopuläre Maßnahmen erforderlich werden.

Die Methode der Wahlgeschenke ist bei uns bereits von Adenauer und Erhard eingeführt worden. In der Zeit des Wiederaufbaues war dies gegenüber einer wenig verwöhnten Bevölkerung relativ ungefährlich. Mit wachsenden Ansprüchen und sich vermindender Leistungsbereitschaft der Bürger ist diese Methode inzwischen, zumal wenn sie auf die ganze Regierungszeit ausgedehnt wird, sehr viel problematischer geworden. Auf keinen Fall dürfen sich aber Parteien darauf berufen, daß sie für die Anwendung dieser Methoden keine Schuld trifft. Denn jede Partei, die ernsthaft den Anspruch erhebt, Regierungspartei zu bleiben oder zu werden, muß in einer Demokratie, die Dauer haben soll, mit der Verantwortung auch das Risiko des Versuches übernehmen, das Notwendige politisch möglich zu machen. Je komplizierter die Probleme werden, die es zu bewältigen gilt, desto größer muß die Verantwortungs- und die persönliche Risikobereitschaft der Politiker sein. Aber offenbar verlief diese Tendenz bei uns bisher in entgegengesetzter Richtung.

Wie weit dabei auch das Wahlvolk eine Schuld trifft, könnte in unserem Fall nur entschieden werden, wenn in der Bundesrepublik überhaupt jemals der ernsthafte Versuch gemacht worden wäre, den Wählern unangenehme Wahrheiten zu sagen und diese überzeugend zu begründen. In der Weimarer Republik mit ihren beiden großen antidemokratischen Flügelparteien war ein solcher Versuch schwierig. In der Bundesrepublik gibt es für die beiden großen Volksparteien der Mitte kaum eine ausreichende Entschuldigung.

Reaktion der Wähler

Wer unseren bisherigen Ausführungen gefolgt ist und ihnen weitgehend zustimmt, mag vielleicht dazu neigen, die Rückschläge, welche die SPD bei den letzten Wahlen hinnehmen mußte, als einen Beweis für die Intuition und Urteilsfähigkeit der Wählerschaft anzusehen, dafür also, daß sie Wesensart und Gefährlichkeit des von den Regierungsparteien teils hingenommenen, teils sogar geförderten Entwicklungstrends begriffen hat. Ob das stimmt, hängt aber davon ab, weshalb der Wähler so reagierte.

Sicherlich hat die Schwäche der SPD-Führung gegenüber den Zerwürfnissen in der eigenen Partei dabei eine Rolle gespielt. Auch die mangelnde Durchsetzungskraft der Bundesregierung, wie sie speziell bei den Auseinandersetzungen um die Gehaltsforderung für den öffentlichen Dienst und um die Geschwindigkeitsbegrenzung sichtbar wurde, hat ihre Wirkung bei den Wählern nicht verfehlt. Weit wichtiger ist aber wohl

die wirtschaftliche Entwicklung gewesen, insbesondere unsere wachsende Kosteninflation. Hier hatte aber auch die Opposition aus Angst vor unpopulären Konsequenzen keine klare und überzeugende Alternative anzubieten. Ähnliches gilt für die seit Jahren fehllaufenden Reformen, besonders auf den Gebieten unseres Bildungswesens, wo ebenfalls die Opposition über unklare Halbheiten nicht hinauskam. Ein Test des Wählerwillens ist eben nur möglich, wenn die Opposition den Mut zur Alternative hat. Hier aber versagt die CDU/CSU als Opposition genauso, wie die SPD in den fünfziger Jahren versagt hat.

Es fragt sich, ob die Existenz von zwei großen Volksparteien den Wählern überhaupt noch richtige Entscheidungsmöglichkeiten läßt, wenn sie sich einerseits aus lauter Popularitätshascherei zu wenig voneinander unterscheiden, andererseits unvereinbare Gegensätze im eigenen Lager ständig zu übertünchen suchen. Nur wenn die Flügel der Parteien sich trennen würden (das gilt auch heute noch für die FDP), hätte der Wähler eine echte Entscheidungsmöglichkeit. Denn bei den heutigen Strukturen der Parteien weiß er nie, welchem Teil er mit seinem Votum zur Wirksamkeit verhilft.

Beherrigungswerte Forderungen

Fassen wir dieses Problem ins Auge, so muß es zweifelhaft erscheinen, ob der SPD-Vorstand nach den letzten Wahlniederlagen recht beraten war, wenn ihm wieder nichts Wichtigeres einfiel, als von allen Parteigenossen in erster Linie Geschlossenheit und Solidarität zu verlangen. Dabei kann es niemandem mehr zweifelhaft sein, daß die Gegensätze innerhalb der Partei unüberbrückbar und weit größer geworden sind, als die Gegensätze zwischen den Parteiflügeln und ihren Nachbarparteien es je waren. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Kooperationsbereitschaft mit einer anti-demokratischen Partei etwas ganz anderes ist als die Übereinstimmung mit den Argumenten einer anderen demokratischen Partei, mit der man im Augenblick nicht koalitiert.

Die zehn Punkte, die Willy Brandt nach dem Mißerfolg der Hamburg-Wahl zur Konsolidierung der SPD aufstellte, enthalten immerhin manche Korrekturen gemachter Fehler und beherrigungswerte Forderungen. Das gilt sowohl für das Bekenntnis zum Rechtsstaat und zur Volkspartei als auch für die Ablehnung rückständiger Klassenkampfparolen. Das gilt für „Rat und Bitte: Keines der schwieriger gewordenen Probleme unter den Teppich kehren“, sondern „dem Bürger sagen, wie es in der Welt jetzt aussieht, was in dieser Welt jetzt möglich ist und was nicht“, ihm klar-

machen, „daß die Menschen aufgrund des raschen Aufstiegs von Wirtschaft und Einkommen ihre Erwartungshorizonte immer mehr ausgeweitet haben — häufig über das hinaus, was sich verwirklichen läßt“; das gilt für die Feststellung: „wir wollen Reformen, aber nicht um der Reform willen. Was wir brauchen, sind verantwortliche Veränderungen, damit in einer Zeit raschen Wandels Freiheit und Sicherheit des Bürgers nicht gefährdet, sondern ausgebaut werden.“ Und das gilt schließlich für die Absicht, in intensiveren Gesprächen mit Gewerkschaften „nicht nur Übereinstimmung in den Zielen verdeutlichen, sondern vor allem auch konkret darüber beraten, was wirtschaftspolitisch notwendig und möglich ist“.

Notwendige Konsequenzen

Soll dies alles eine Absage gegen den bisherigen falschen Stil unserer Gefälligkeitsdemokratie sein, so werden dementsprechende konkrete Taten folgen müssen, damit die Botschaft glaubhaft wird. Das beginnt mit der Notwendigkeit, sich innerhalb der SPD mit den Kräften zu begnügen, die diese Botschaft bejahen, und sich von denen zu trennen, die sie ablehnen; das verlangt weiter, in der Reformpolitik endlich Prioritäten zu setzen und Widersprüche auszumerzen; und das erfordert, allen Staats- und Wirtschaftsbürgern und ihren Interessenvertretungen, auch den Gewerkschaften gegenüber, die Unvereinbarkeiten in ihren Ansprüchen in aller Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Am schwierigsten wird es aber sein, allen pseudo-progressiven „Bewußtseinsbildnern“ Paroli zu bieten und in der Auseinandersetzung mit ihnen überzeugend darzustellen, daß die Weiterexistenz unserer freiheitlichen Gesellschaft nur möglich ist, wenn alle Beteiligten in Zukunft mehr an ihre Pflichten als an ihre Rechte als Staats- und Wirtschaftsbürger denken. Ob aber die dafür erforderlichen Konsequenzen gezogen werden, erscheint mehr als fraglich. Denn das würde einen fast übermenschlichen geistigen und moralischen Kraftaufwand erfordern, um alles das zu beseitigen, was sich an nihilistischen Leitbildern unter dem Etikett „progressiv“ und „revolutionär“ in unsere öffentliche und geheime Bewußtseinsbildung eingeschlichen hat. Dafür aber reicht heute die Macht des Staates gar nicht mehr aus, noch weniger die Fähigkeiten einer gerade für die strittigen Probleme urteils- und entscheidungsunsicheren sozialliberalen Koalition. Die CDU/CSU hätte aber noch weniger Chancen, das Notwendige zu erkennen und vor allem es durchzusetzen. Denn es geht ja nicht darum, das Vergangene wieder herzustellen, sondern darum, die Reformen realisierbar zu gestalten und dementsprechend aufeinander abzustimmen.